

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 239

Anton Rauscher

Den Grundkonsens erneuern

Das Wort der Kirchen
zur wirtschaftlichen und sozialen
Lage in Deutschland

J.P. BACHEM VERLAG

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

Kirche, Politik und Gesellschaft

Staat, Recht und Demokratie

Wirtschaft und soziale Ordnung

Familie

Schöpfungsverantwortung und Ökologie

Europa und Dritte Welt

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

Bestellungen

sind zu richten an:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Brandenberger Straße 33

41065 Mönchengladbach

Tel. 0 21 61 / 20 70 96 · Fax 0 21 61 / 20 89 37

Ein Prospekt der lieferbaren Titel kann angefordert werden

Redaktion:

Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle

Mönchengladbach

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

1997

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1271-0

Das gemeinsame Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, das nach mehr als zweijähriger Vorbereitung am 28. Februar 1997 in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat große Beachtung und auch weithin Zustimmung gefunden. Die Sozialpartner, Gewerkschaften ebenso wie Arbeitgeberverbände, die politischen Parteien sowohl der Regierungskoalition als auch der Opposition, die gesellschaftlichen Gruppen und die Medien haben das Wort begrüßt. Sie sehen in dem Wort einen hilfreichen Anstoß, um den Grundkonsens in unserer Gesellschaft zu erneuern. Dies ist unerlässlich, wenn wir bei der Bewältigung der schwierigen Probleme, insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Reform des Sozialstaates vorankommen wollen. Diese Reaktion der Öffentlichkeit ist nicht selbstverständlich in einer Zeit, in der die Gruppeninteressen das Gemeinwohl mehr und mehr überlagern, in der die auch früher schon beschworene Gemeinsamkeit der Demokraten in nationalen Lebensfragen den parteilichen Zielen und Taktiken häufig geopfert wird und in der in der Gesellschaft - bis in die Kirchen hinein - die Fähigkeit und die Bereitschaft, die eigenen Ansprüche und Wünsche, die eigenen Vorstellungen und Positionen zugunsten des Ganzen zurückzustecken, immer mehr abnehmen.

Die zugespitzte Situation

Was man zu Beginn der Arbeiten am Wort der Kirchen nicht vorhersehen konnte, war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Problemdruck auf den Sozialstaat. 1993 war das bisher schlimmste Krisenjahr der deutschen Wirtschaft. Von jetzt an, so die verbreitete Meinung, konnte es nur wieder besser werden. In der Tat erholte sich die Wirtschaft zusehends, aber die hohe Arbeitslosigkeit ging trotz aller Bemühungen der Regierung nicht in dem erhofften Maße zurück. Im Gegenteil: Im Jahre 1995 löste eine Hiobsbotschaft die andere ab. Vor allem die Großunternehmen bauten eine große Zahl von Arbeitsplätzen ab und verlagerten ihre Investitionen verstärkt ins Ausland, vornehmlich in die Länder der Europäischen Union. Im Verbund mit der IG Metall wurden sogar alle Möglichkeiten der damals noch geltenden Vorruhestandsregelung ausgeschöpft und die Rentenversicherung in unverantwortlicher Weise zusätzlich belastet.

Neue Hoffnungen wurden an das "Bündnis für Arbeit" geknüpft. Der Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel, hatte sich im November 1995 erstmals zu dem Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Beschäftigung öffentlich bekannt. Bundeskanzler Helmut Kohl lud zu Beginn des Jahres 1996 die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, auch die politische Opposition an den Runden Tisch. Man war sich einig, daß die Lohn- und Lohnnebenkosten, die auf der Arbeit lasten, zu hoch seien. Als Ziel schwebte den Beteiligten vor,

die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Die Gemeinsamkeiten hörten freilich auf bei der Frage, wie eine Senkung der Arbeitskosten erreicht werden könnte. Die im Parlament mühsam durchgesetzte Änderung der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde nur bei den kleineren Unternehmen und Betrieben wirksam. Es gelang der Regierung nur unzulänglich, die Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß die Kürzung der Lohnfortzahlung die Arbeitskosten senken und damit die Beschäftigung positiv beeinflussen würde.

Der Abbau der Arbeitsplätze in Deutschland hielt auch 1996 an. Wegen des Einbruchs beim Bau war er sogar noch höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit stieg auf ihren bisher höchsten Stand mit 4,7 Millionen im Februar 1997. Dazu kommen noch weitere 1,5 Millionen, die durch Maßnahmen des Vorruhestandes, der Umschulung usw. aufgefangen werden. Die Massenarbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die Steuereinnahmen bei Bund und Ländern aus. Auch die sozialen Sicherungssysteme geraten in wachsende Bedrängnis. Der Ausfall von Beiträgen der arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer und der in Konkurs gegangenen Unternehmen zwingt die Rentenversicherung zu immer neuen Einsparungen. In ähnlicher Weise sind die gesetzlichen Krankenkassen gezwungen, neue Löcher zu stopfen. Auf der einen Seite stagnieren die Beiträge, auf der anderen Seite hält der Anstieg der Ausgaben für das Gesundheitswesen an. Der Versuch einer "Deckelung" der Ausgaben hat nur vorübergehend eine Atempause bewirkt. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit wirksam zurückzudrängen, dann gerät auch der Sozialstaat immer mehr ins Schlingern.

Bekennnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Aber ist unsere Gesellschaft überhaupt noch reformfähig? Hat die Politik noch die Kraft, die als notwendig erkannten Reformen durchzusetzen? Ist es nicht so, daß jeder Vorschlag, der die Senkung von Lohnnebenkosten zum Ziel hat, sofort auf Widerspruch stößt, weil keine Gruppe bereit ist, irgendwie an ihrem Besitzstand rütteln zu lassen? Alle stimmen darin überein, daß der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit höchste Priorität zukommt; aber niemand ist bereit, die entsprechenden Konsequenzen für sich zu ziehen. Eine ganz ähnliche Konstellation bestimmt die Diskussionen über die Reform der Alterssicherungssysteme oder der gesetzlichen Krankenversicherung. Und auch die Steuerreform droht in dem Machtgerre zwischen Regierung und Opposition, zwischen Bundestag und Bundesrat stecken zu bleiben, zumal die Oppositionsführung nicht so sehr das Gemeinwohl, sondern eher den Machtwechsel im Auge zu haben scheint.

Schon in den einleitenden zehn Thesen weisen die Kirchen darauf hin, daß es ihnen nicht einfach um ein "Sozialpapier" gehe, sondern um die soziale und die wirtschaftliche Lage. "Denn die Qualität und finanzielle Stabilität der sozialen Sicherung und das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft bedingen einander" (Nr. 6)¹. Verteilt werden könne nur, was zuvor erarbeitet wurde. Werde dieser Sachverhalt ignoriert und das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen durch staatliche Umverteilung überfordert, dann würden die finanziellen Fundamente der sozialen Sicherung unterspült.

Die Kirchen plädieren für die "strukturelle und moralische Erneuerung" der Sozialen Marktwirtschaft, die in der Freiheit des Marktes und im sozialen Ausgleich ihre tragenden Säulen habe. "Die Kirchen sehen im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin - auch für die andauernde, mit großen Härten verbundene wirtschaftliche Konsolidierung der neuen Bundesländer und für die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Einigung - den geeigneten Rahmen für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik" (Nr. 9). Diese Feststellung ist heute besonders wichtig, weil nicht nur am linken Rand der Gesellschaft eine radikale Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft angestrebt wird, sondern weil es den Agitatoren auch gelingt, bei den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen, auch bei denen, die Kürzungen ihrer Sozialleistungen zu verkraften haben, Mißtrauen und Zweifel gegen die Soziale Marktwirtschaft zu säen. Diese Feststellung ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Kirchen nicht jenen Gruppierungen folgen, die immer noch von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz träumen und die von immer weniger Markt und immer mehr Staat die Lösung der Probleme erwarten.

Die Haupthindernisse für die notwendige Reform der Sozialen Marktwirtschaft erblicken die Kirchen in der weitverbreiteten "Besitzstandswahrung", wozu auch die Besitzstände an Subventionen und steuerlichen Vorteilen zu rechnen seien, und im "Strukturkonservativismus" (Nr. 10).

Ein neuer Weg der Kirchen

Können die Kirchen in dieser Situation etwas tun, um die wechselseitigen Blockaden aufzubrechen und die Reformfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft wieder herzustellen? Der Anstoß zu einem Wort ging zunächst von katholischer Seite aus; er wurde rasch von evangelischer Seite aufgegriffen. Schon seit den siebziger Jahren nahmen die ökumenischen Bemühungen zu, zu wichtigen Fragen des gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens gemeinsam Stellung zu nehmen. Man hatte die Erfahrung gemacht, daß ein sozialetisches Wort in der Öffentlichkeit um so mehr Beachtung findet, je überzeugender das Anliegen von beiden Kirchen ge-

meinsam vertreten wird.² Auch wenn die Katholische Soziallehre und die Evangelische Sozialethik unterschiedlicher Struktur sind, so verbindet sie doch ein reicher Fundus an Einsichten und Wertorientierungen, die auf der christlichen Menschen- und Gesellschaftsauffassung beruhen und die für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und für die Lösung der sozialen Probleme fruchtbar gemacht werden können.

Die Kirchen, so heißt es in Nr. 37, sehen es als ihre Aufgabe an, Mitverantwortung für eine menschengerechte und sachgerechte Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten wahrzunehmen und dabei besonders für die Belange der Armen, der Schwachen und Benachteiligten einzutreten. Deshalb haben sie sich entschlossen, ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage vorzubereiten und dazu einen breiten Diskussionsprozeß über die Grundbedingungen des wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Miteinanders anzustoßen. Es sollte zu einem Dialog sowohl innerhalb der Kirchen als auch mit Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen kommen, um den Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz bei der Vorbereitung des von ihnen zu verantwortenden Wortes zu beraten und im Austausch von Erfahrungen und Argumenten den gesellschaftlichen Grundkonsens zu verbreitern (Nr. 38).

Die "Diskussionsgrundlage", von einer kleinen, ökumenisch zusammengesetzten Gruppe von Fachleuten erstellt, wurde zum "Impulspapier" für den Konsultationsprozeß. Auf diese Weise gelang es den Kirchen, eine breite innerkirchliche Teilnahme zu aktivieren und den Dialog von Kirche und Gesellschaft auf allen Ebenen in Gang zu bringen.

Die Einbeziehung der verschiedenen Gruppierungen in den Kirchen und in der Gesellschaft in den Dialogprozeß und die Berücksichtigung der Auffassungen und Vorstellungen darüber, wie man den Herausforderungen der Gegenwart begegnen soll, haben die Bemühungen der Kirchen um die Erneuerung und die Stärkung des Grundkonsenses schwieriger gemacht. Schon in der ökumenisch besetzten Arbeitsgruppe, die die Diskussionsgrundlage erstellte, prallten gelegentlich die zum Teil entgegengesetzten Meinungen und Positionen aufeinander. Sie konnten jedoch ausgeräumt werden, weil die Kirchen am gesteckten Ziel festhielten.

Es sind mehr als nur Nuancen und unterschiedliche Akzentsetzungen, die auch im Wort der Kirchen ihren Niederschlag gefunden haben und Anlaß für manche aus dem Gesamtrahmen herausfallende Deutungen geben dürften. Es gehört wohl auch zum "neuen Weg", daß die Kirchen gewisse Auslegungsregeln aufstellen. So heißt es im Vorwort, das vom Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof Klaus Engelhardt, und vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, unterzeichnet ist, daß "die Kapitel 2 bis 5 einen unterschiedlichen Charakter" haben. Kapitel 3

(Perspektiven und Impulse aus dem christlichen Glauben) und Kapitel 4 (Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft) weisen auf die Prinzipien und Maßstäbe hin, die nach Ansicht der Kirchen unabdingbare Voraussetzung für eine solidarische und zukunftsgerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind. Vor allem um diesen Grundkonsens gehe es den Kirchen. Dazu erhoffen sie sich eine breite Zustimmung. Die Konkretisierungen und Richtungshinweise in den Abschnitten 2 (Gesellschaft im Umbruch) und 5 (Ziele und Wege) hingegen seien "ein Beitrag zur öffentlichen Verständigung über Probleme und mögliche Lösungswege". Es wird sich zeigen, ob eine derartige Unterteilung sich als hilfreich erweisen wird.

Christlicher Glaube und Weltauftrag

In der Besinnung auf das Menschenbild und die Grundwerte, auf denen die Soziale Marktwirtschaft gründet, sehen die Kirchen ihren genuinen Beitrag zu den großen Herausforderungen der Gegenwart (Nr. 92). Im Licht des christlichen Glaubens erschließt sich die Schöpfungsordnung Gottes. Der Mensch ist als Bild Gottes geschaffen und so mit einer einmaligen unveränderlichen Würde ausgezeichnet. Bei aller Gebrochenheit menschlicher Existenz infolge der Sünde bezeugt die Heilige Schrift zugleich die Erlösung und die Hoffnung auf die neue Schöpfung in Jesus Christus. Dies befreit den Menschen zu einem vernünftigen und verantwortlichen Handeln in der Welt, um eine menschenwürdige, freie, gerechte und solidarische Gesellschaft zu bauen (Nr. 94).

Die Grundlegung des Weltauftrags der Christen und der Kirchen ist hier überzeugend dargelegt. Die Kirchen sind sich einig hinsichtlich der Grundlagen und der ethischen Orientierungen im Hinblick auf die christliche Anthropologie und Gesellschaftsauffassung. Eindrucksvoll wird das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe mit der vorrangigen Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten in Verbindung gebracht. Die jetzt gefundene Formulierung knüpft direkt an das Anliegen der Bergpredigt an und läßt keine Fehldeutung im Sinne des von linker Seite lange bemühten Klassendenkens mehr zu. Diese "Option" ist nicht nur für das zwischenmenschliche Handeln, sondern auch für das Handeln in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft relevant (vgl. Nr. 103-107).

Wie aber hängen diese sittlichen Grundwertorientierungen mit den gesellschaftlichen Strukturen zusammen? Der Mensch als Person ist nicht Individuum, sondern lebt "inmitten der Gesellschaft", um an eine Grundeinsicht des Solidarismus zu erinnern. Und die Gesellschaft ist wiederum nicht eine Summe von Personen, die nur im Dialog und im Diskurs verbunden wären, vielmehr besteht sie aus Strukturen, die der Verwirklichung gemeinsamer

Ziele und Zwecke auf den vielfältigen Ebenen menschlichen Zusammenlebens dienen. Hier hat auch die Frage nach vorgegebenen gemeinsam verpflichtenden Grundwerten ihren Ursprung, denen entsprechende soziale Strukturen Stabilität und Richtung geben.

Sowohl die Gerechtigkeit, gerade auch die soziale Gerechtigkeit (Nr. 111), als auch die Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität³ haben hier ihre Verankerung. Was hierzu ausgeführt wird, ist eine gute Zusammenschau der Grundsätze christlich-sozialen Denkens. Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wird nur gelingen, wenn diese Prinzipien in allen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens wieder Geltung erlangen und auch die Politik in der Lage ist, eingetretenen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern. Der Ausbeutung der "Solidarität" durch gerissene Geschäftemacher muß ebenso ein Riegel vorgeschoben werden wie der verbreiteten Neigung, nicht mehr in erster Linie selbst für die Belastungen und Risiken des Lebens mit eigenen Mitteln vorzusorgen, sondern sie immer mehr der Gemeinschaft und dem Staat aufzubürden.

Ein eigenes Gewicht hat die Forderung der "Nachhaltigkeit" erhalten (Nr. 122). Damit ist die Verantwortung für die kommenden Generationen gemeint, die ein Recht darauf haben, in einer intakten Umwelt zu leben und deren Ressourcen in Anspruch zu nehmen. Das, was in der früheren Agrargesellschaft zur Selbsterhaltung geboten war, muß heute unter den Bedingungen der Massengesellschaft, der Mobilität und der industriellen Nutzung der Ressourcen neu bedacht werden. Mit Recht fordern die Kirchen, den Grundgedanken der Bewahrung der Schöpfung mit der Gestaltung der einen Welt zu verbinden und die sozialen, ökonomischen und ökologischen Belange zu vernetzen (Nr. 125).

Die Frage nach dem Grundkonsens

Das vierte Kapitel (Nr. 126-165) stellt zunächst fest, daß die humanen und sozialen Grundlagen und Wertorientierungen, die sich aus der christlichen Menschen- und Gesellschaftsauffassung ergeben, in der christlich geprägten europäischen Kultur auch von Nichtchristen akzeptiert werden können. Damit stelle sich konkret die Frage nach dem Grundkonsens, auf den Politik, Wirtschaft und Gesellschaft angewiesen sind und der eine Verständigung unter den Bürgern über die wichtigsten Perspektiven einer zukunftsfähigen Gesellschaft ermögliche und Wege zur Bewältigung der bedrängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme eröffne.

Grundkonsens meine nicht Harmonie, wohl aber ein ausreichendes Maß an Übereinstimmung trotz verbleibender Unterschiede und auch Gegensätze. Je komplexer die gesellschaftlichen Verhältnisse werden, desto breiter werde

das Feld offener Entscheidungen, wo die Meinungen aufeinanderprallen und schließlich Mehrheiten oder oberste Gerichte entscheiden. Zu vielen Fragen gebe es keinen wirklichen Konsens in der Bevölkerung, sondern nur ein Hinnehmen von Kompromissen. Um so wichtiger jedoch werde eine Übereinstimmung über Grundelemente der sozialen Ordnung, auf deren Grundlage Regelungen und Verfahren entwickelt werden können, um die unterschiedlichen Überzeugungen, Auffassungen und Lagebeurteilungen zu einem konstruktiven Ausgleich zu bringen und Entscheidungen zu ermöglichen, mit denen alle Beteiligten leben können und die, langfristig gesehen, allen zugute kommen. Der Grundkonsens betrifft die Grundlagen der offenen, pluralistischen Gesellschaft, des demokratischen Rechts- und Sozialstaates und der auf Freiheit, Wettbewerb und sozialer Verantwortung aufgebauten Sozialen Marktwirtschaft.

Ohne hier auf die Abschnitte über Menschenrechte und freiheitlich-soziale Demokratie eingehen zu können, geben die Kirchen breiten Raum für die Zusammenfassung der Grundelemente dessen, was unter Sozialer Marktwirtschaft zu verstehen ist (Nr. 142-144). Als Ergebnis wird festgehalten: "Es ist aber kein Wirtschaftssystem in Sicht, das die komplexe Aufgabe, die Menschen materiell zu versorgen und sie sozial abzusichern, ebenso effizient organisieren könnte wie die Soziale Marktwirtschaft" (Nr. 145). Allerdings habe diese nach dem Zweiten Weltkrieg auf mindestens vier Voraussetzungen beruht, die heute in dieser Form nicht mehr gegeben sind. Diese stark soziologisch gefaßten "Voraussetzungen" - sie gehören offensichtlich nicht zu den Grundelementen - enthalten auch Aussagen, die der Diskussion bedürfen. Wenn etwa rein soziologisch eine Verschiebung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit registriert wird, so vermißt man einen Hinweis darauf, daß die Zuwächse des Kapitaleinkommens zu einem erheblichen Teil sich heute bei den Arbeitnehmern ansammeln und deshalb Arbeits- und Kapitaleinkommen sehr viel stärker zusammengesehen werden müssen.

Auch wird die These diskutiert werden müssen, die bisherige Soziale Marktwirtschaft sei in starkem Maße nationalstaatlich geprägt gewesen. Die jetzt sich vollziehende "Globalisierung" geht jedenfalls viel eher auf den Abbau der Machtblöcke zwischen Ost und West und damit der politischen Mauern zurück.

Nur sehr bedingt können die Probleme der Arbeitslosigkeit und des Sozialstaats, die im fünften Kapitel besonders thematisiert werden, auf die Änderung der "Voraussetzungen" zurückgeführt werden. Die bloße Mahnung, nicht einfach an Besitzständen festzuhalten (Nr. 146 f.), ist sowohl in der Diagnose als auch in der Therapie zu wenig. Darüber helfen auch die guten, wenngleich abstrakten Ratschläge für die Gestaltung einer modernen Gesellschaft nicht viel weiter (Nr. 149). Auch die Abschnitte Menschenrecht auf

Arbeit, Chancen und Formen der Solidarität in einer erneuerten Sozialkultur und Internationale Verantwortung bieten zwar bedenkenswerte Ansätze, aber ihre Problemlösungskapazität ist für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für den Umbau des Sozialstaates eher gering. Und so bedeutsam Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Solidaritätsaktionen auch sein können, so vermißt man einen kritischen Hinweis darauf, daß derartige Gruppierungen auch ein Spaltungspotential enthalten und zum Beispiel durch einen forcieren Aufbau eines zweiten Arbeitsmarktes die Leistungsfähigkeit des ersten Arbeitsmarktes zum Nachteil für die Arbeitslosen beeinträchtigen können.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Es ist verständlich, daß die gewaltig veränderten Rahmenbedingungen seit dem Niedergang des Sozialismus in der wissenschaftlichen Diskussion und bei den Interessenverbänden zu verschiedenen, zum Teil sogar gegensätzlichen Vorstellungen darüber führten, wie die Arbeitslosigkeit abgebaut und die Funktionsfähigkeit des Sozialstaates erhalten werden können. Manche liberalen Ökonomen liebäugeln mit einem Modell "Marktwirtschaft pur", wie auch Wirtschaftsvertreter bisweilen die Probleme durch radikale Anpassung an internationale Wettbewerbsbedingungen und durch eine Senkung der Lohnkosten lösen wollen (Nr. 146). Umgekehrt gibt es Ökonomen und Gewerkschaftsvertreter, die die sozialen Besitzstände der Arbeitnehmer, die Löhne und Lohnnebenkosten, aber auch die Sozialleistungen nicht antasten lassen und die die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit nicht den Tarifpartnern, sondern allein dem Staat zuschieben wollen (Nr. 147). Beide Argumentationslinien sind weit weg von den Grundwerten und Strukturen der Sozialen Marktwirtschaft, wo Freiheit und Gerechtigkeit, Markt, Wettbewerb und soziale Sicherheit wechselseitig aufeinander bezogen sind; sie sind auch weit weg vom Gemeinwohl, das bestenfalls in Sonntagsreden beschworen wird, wohingegen es in Wirklichkeit um die Durchsetzung der eigenen Interessen geht.

Dagegen betonen die Kirchen: "Mit einer Herauslösung der Marktwirtschaft aus ihrer gesellschaftlichen Einbettung würden die demokratische Entwicklung, die soziale Stabilität, der innere Friede und das im Grundgesetz verankerte Ziel der sozialen Gerechtigkeit gefährdet werden" (Nr. 146). Die Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft liegt in erster Linie in der Fähigkeit, die Arbeitslosigkeit abzubauen. In der Gesellschaft gibt es dazu zwei grundverschiedene Vorstellungen, die sowohl bei den politischen Parteien als auch bei den Sozialpartnern durchschlagen. Die einen sehen in der Kostenbelastung der Wirtschaft, vor allem in den weltweit höchsten Lohnnebenkosten die Hauptursache dafür, daß die deutschen Unternehmen immer

mehr Anteile auf den nationalen, europäischen und internationalen Märkten verlieren und damit die Möglichkeiten für wirtschaftliche und technologische Innovationen und für Investitionen immer ungünstiger werden. Eine Senkung vor allem der Lohnnebenkosten und der Steuerbelastung soll den Raum für eine kraftvolle Erneuerung der Wirtschaftstätigkeit und damit wieder für Vollbeschäftigung schaffen. Die anderen wollen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zwar auch die Lohnnebenkosten senken, dennoch erwarten sie die Lösung der Arbeitslosigkeit von der Teilung der vorhandenen Arbeit: keine Überstunden mehr, Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, Verringerung der Wochen- beziehungsweise Jahresarbeitszeit ohne Lohnausgleich.

Die Kirchen haben in dem Abschnitt "Ursachen der Arbeitslosigkeit" die Überlegungen beider Richtungen dargelegt (bes. Nr. 63 und 64). Im 5. Kapitel "Ziele und Wege" setzen sich die Kirchen für den Abbau von Investitionshemmnissen ein, für die Verminderung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung, für Innovationen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, für die Förderung der Selbständigkeit und der unternehmerischen Initiative (Nr. 169-170). Dennoch werden diese Ansätze überlagert vom "Grundgedanken des Teilens der Erwerbsarbeit" (Nr. 172 f.).

Sicherlich können wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einen großen Schritt nach vorne machen, wenn die Zahl der geleisteten Überstunden, die schon 1996 abnahm, weiter zurückgedrängt wird, vor allem aber, wenn die Teilzeitarbeitsplätze wie in den Niederlanden vermehrt würden. Natürlich kommen Alleinstehende dafür nicht in Frage, weil sie in der Regel auf ein volles Arbeitseinkommen angewiesen sind. Aber diejenigen, bei denen es um ein sogenanntes Zusatzeinkommen für die Familie oder für den Haushalt geht und die über den Ehepartner zusätzlich sozial abgesichert sind, sollten hierfür interessiert werden.

Die Teilung der Erwerbsarbeit kann jedoch das Problem der Arbeitslosigkeit im Kern nicht lösen, zumal dieser Weg dazu verleiten könnte, in den Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsfelder nachzulassen und bei Bedarf die Teilung der vorhandenen Arbeit fortzusetzen. Was uns krank macht, ist die Vorstellung, es gäbe ein bestimmtes Volumen an Arbeit und das gelte es auf alle Arbeitssuchenden zu verteilen. Wir vergessen, daß die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsgesellschaft ganz anders sich vollzogen hat. Eine dynamische Gesellschaft ist anders gelagert. Es entstehen immer neue Arbeitsfelder, weil die Menschen bestimmte Produkte als brauchbar und nützlich entdecken und dann auch bereit sind, den Preis dafür zu zahlen. Die Entwicklung in den USA, wo in den letzten 12 Jahren zusätzlich 22 Millionen (!) Arbeitsplätze hauptsächlich in Dienstleistungsbereichen entstanden sind, ist ein markantes Beispiel. Leider haben sich die Kirchen, die offenbar wenig mit den Arbeits- und Einkommensverhältnissen in den USA

vertraut sind, abwertende Urteile über die dortige "Beschäftigungsmaschine" aufschwätzen lassen (Nr. 14). Über 70 Prozent sind nämlich qualifizierte Arbeitsplätze mit guten Löhnen; weniger als 30 Prozent einfache Arbeitsplätze, die aber immer noch ein "Zusatzinkommen" ermöglichen. Wenn man mit den Beschäftigten spricht, hat man nicht den Eindruck, es handele sich um unterdrückte und ausgebeutete Menschen wie zu Beginn der Industriearbeit in Europa. Gewiß ist die soziale Sicherheit in den USA nicht so ausgebaut wie bei uns. Aber die Alternative ist bedenkenswert: mehr Arbeitsplätze und etwas geringere Sozialleistungen. Die Nettoverdienste sind von 1989 bis 1996 bei uns um 17 Prozent gestiegen, in den USA um lediglich 3 Prozent gesunken. Aber dieser Nachteil wird mehr als wettgemacht durch die anhaltende Vermehrung der Arbeitsplätze!

Die Reform des Sozialstaates

Was die sozialen Sicherungssysteme betrifft, so erteilen die Kirchen radikalen Änderungen eine Absage. Sie sprechen sich für die Erhaltung des beitrags- und leistungsbezogenen, am Erwerbseinkommen anknüpfenden Systems aus, das sich bewährt habe. In einem so sensiblen Bereich wie der Alterssicherung sollte man nicht Wege beschreiten, über die keine hinreichenden Erfahrungen vorliegen. Auch ist es ein Vorzug des deutschen Systems, daß die sozialen Sicherungssysteme im Kern Solidarsysteme und keine staatlichen Versorgungssysteme sind. Der Zusammenhang zwischen persönlicher Arbeitsleistung und Rentenbezug bleibt hier gewahrt.

Bemerkenswert ist der Hinweis, daß das Sicherungssystem auf eine "Ergänzung durch private Vorsorgeleistungen" angewiesen ist (Nr. 186). Unter Bezugnahme auf das Subsidiaritätsprinzip ist an eine stärkere Eigenvorsorge bei der Sicherung des Alters gedacht, wozu höhere Einkommensschichten bei den Arbeitnehmern auch in der Lage seien. Warum die Ergänzung nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung gelten soll, ist nicht einzusehen. Schon heute sorgen viele gut verdienende Arbeitnehmer für das Alter zusätzlich vor. Sie haben bereits Lebensversicherungen, zum Teil auf Rentenbasis, abgeschlossen. Hier hätten die Kirchen die Arbeitnehmer, die sich einen derartigen Schritt noch überlegen, ermutigen sollen.

Die Kirchen sind sich bewußt, daß sich der notwendige Umbau des Sozialstaates "nicht ohne Einsparungen und Einschnitte" bewerkstelligen läßt, weil die öffentlichen Haushalte nicht durch eine noch höhere Verschuldung belastet werden dürfen und auch die Steuer- und Abgabenlast nicht weiter erhöht werden darf (Nr. 190). Gleichzeitig plädieren jedoch die Kirchen dafür, daß die sozialen Sicherungssysteme "armutsfest" gemacht und die Regelsätze der Sozialhilfe fortgeschrieben werden. Dies soll über einen "steuerfinanzier-

ten Ausgleich" geschehen. Also doch die Steuern noch weiter anheben? Ist dies wirklich noch eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit? In dieser Situation wäre es hilfreich gewesen, die Ausgaben für Investitionen und die Höhe der Sozialleistungen in den früheren Jahren zu vergleichen. Auch heute haben die Investitionen und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität - auch im Sinne der Sorge für die sozial Schwachen. Der Abschnitt 5.2 (Nr. 177-191) ist nicht stimmig, zumal auch heute noch Aspekte des ungenügenden Familienlastenausgleichs hineingemischt sind, um die Aussage, der Lohnabstand zwischen Sozialhilfe und unteren Lohngruppen sei gewahrt, zu stützen.

Offen gebliebene Strukturfragen

Auf einigen Gebieten hätte man sich von dem Wort der Kirchen mehr erwartet. Es sind vor allem die Bereiche Familie und Vermögensbildung.

Schon die Tatsache, daß von den einleitenden und zusammenfassenden zehn Thesen keine sich direkt mit der Familie und ihrer Bedeutung für die Gesellschaft befaßt, stattdessen in These 7 über kleine soziale Einheiten (Selbsthilfegruppen, Bürgerbewegungen usw.) als "ergänzende Sozialkultur" nachgedacht wird, macht das Defizit deutlich. Daran ändert auch der Tatbestand wenig, daß über die Benachteiligung der Familie bei der Analyse der "Krise des Sozialstaats" gesprochen wird (Nr. 70 f.). Beunruhigend ist, daß im 4. Kapitel zwar von der Änderung der Familienstruktur (Nr. 145) und von anderen sozialen Tatbeständen die Rede ist, aber dabei Familie nur eher beiläufig mitbedacht wird (z.B. Nr. 158).

Eigentlich wird die Familie nur in dem Abschnitt "Solidarität in der Gesellschaft stärken" (Nr. 192-197) behandelt. Dabei erscheint die Familie als dem Sozialstaat zugeordnet. In Wirklichkeit ist der Sozialstaat darauf angewiesen, daß die Familien ihre Aufgaben in eigener Zuständigkeit und Verantwortung möglichst gut erfüllen und auch erfüllen können. Ohne die Familien und eine Familienkultur könnten auch der bestausgebaute Sozialstaat und eine großzügige Sozialpolitik eher nur Reparaturarbeiten an der Gesellschaft leisten. Dies klingt am ehesten noch in Nr. 192 an. Auf jeden Fall hätten auch die Überlegungen zum Familienlastenausgleich (Nr. 197), der im Zusammenhang mit der Sozialhilfe angesprochen wird, differenzierter ausfallen sollen. Im übrigen ist die Familie einerseits schutzbedürftig (Art. 6, Abs. 1 GG), andererseits sollte die Gesellschaft erkennen, daß Grundwerte wie Solidarität und Gerechtigkeit der nachwachsenden Generation oft genug wie Fremdworte vorkommen, wenn sie nicht in der Familie praktiziert und erfahrbar werden. Kirche, Gesellschaft und Staat haben nicht nur eine Verantwortung für das materielle Wohlergehen der Familien, sondern müssen auch ein fami-

lienfreundliches Klima schaffen, von dem wir heute meilenweit entfernt sind.

Auch die Vermögensbildung wird in dem Wort der Kirchen an einigen Stellen apostrophiert. Gelegentlich wird man auch mit der Auffassung konfrontiert, daß die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland falsch gelaufen sei. Hätten wir nach der Wiederaufbauphase, vor allem aber in den Zeiten hoher wirtschaftlicher Zuwachsraten nicht den Fehler begangen, auf die exzessive Lohnpolitik der Gewerkschaften zu setzen, sondern mehr und mehr die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wie sie sich schon seit der Sozialenzyklika *Rerum novarum* (1891) als gesellschaftliche Zielsetzung abzeichnete, wirksam betrieben, dann könnten wir die Globalisierung und die wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderungen heute sehr viel leichter bestehen. Die Kirchen haben 1993 ein breit angelegtes Sammelwerk zu diesem Komplex veröffentlicht; sie hätten jetzt die Chance nutzen sollen, erneut dieses Strukturziel ins Bewußtsein zu rücken.⁴

Worauf es jetzt ankommt

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, hat bereits die Sorge geäußert, das Wort der Kirchen sei "totgelobt worden". In der Tat steht die hohe Erwartungshaltung, die in den Jahren der Vorbereitung bis zur Veröffentlichung des Wortes herrschte, in einem beklemmenden Gegensatz zu der nach den ersten Meldungen, Stellungnahmen und Kommentaren eingekehrten Ruhe. Am meisten irritiert, daß die Besinnung auf die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft nicht in Gang kommen will, um die Barrieren aufzubrechen, die einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Reform des Sozialstaats entgegenstehen. Stattdessen hat man den Eindruck, alles geht weiter wie bisher. Während unsere Nachbarn in den Niederlanden, in Großbritannien, in Dänemark die Weichen für neue Arbeitsplätze gestellt haben, verharrt Deutschland immer noch in der Problemdefinition. Gewiß trägt die jetzt in Kraft getretene Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes dazu bei, daß künftig wenigstens offene Stellen zügiger besetzt werden können. "Im Prinzip aber erschöpft sich auch dies in der Verwaltung eines Mangels."⁵

Die Regierung scheut seit dem nicht geglückten Bündnis für Arbeit davor zurück, die Lohnnebenkosten wirklich spürbar zu senken. Sie sagt den Bürgern nicht eindringlich genug, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht eine Frage noch steigender Massenkaufkraft ist, sondern eine Frage der Investitionen und damit von besonderen Rahmenbedingungen. Sie informiert die Menschen im eigenen Lande zu wenig über die Maßnahmen und Entwicklungen, die in anderen Ländern ergriffen wurden und die erstaunliche Erfol-

ge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gebracht haben. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung wäre durchaus zu ähnlichen Änderungen bei der Arbeitszeit, beim Urlaub, bei sozialen Leistungen bereit, wenn auf diese Weise endlich Bewegung in den Arbeitsmarkt käme und die Unternehmen bei uns wieder investieren würden. Gewiß: Die Bundesregierung ist auf die Kooperationsbereitschaft des Bundesrates angewiesen. Aber auch die Opposition ist dem Gemeinwohl verpflichtet und darf ihre Aufgabe nicht darin sehen, die Lösung der gewaltigen Probleme zu verhindern.

Bei den Arbeitgebern spürt man wenig Aufbruchstimmung und Risikobereitschaft zur Erschließung neuer Tätigkeitsfelder vor allem in den Dienstleistungssektoren. Sie fordern mit Recht die Änderung der Rahmenbedingungen, aber dies allein kann unternehmerisches Handeln nicht ersetzen. Das Schwergewicht liegt immer noch bei Unternehmenskonzentration und Abbau von Arbeitsplätzen, anstatt offensiv auf den Märkten neue Positionen und Anteile zu gewinnen. Darüber dürfen die günstigen Exportzahlen in einigen Bereichen nicht hinwegtäuschen. Die Gewerkschaften wiederum scheinen von den tiefgreifenden Veränderungen auf den Arbeitsmärkten wenig beeindruckt. Statt partnerschaftliches Denken zu beleben, pflegt man die alten Kampfpapieren und sieht überall nur "Sozialabbau" am Werk. Die Forderungen nach Verminderung von Überstunden - denen auch jetzt schon die Betriebsräte zustimmen müssen -, nach Verlagerung der "versicherungsfremden Leistungen" auf den Staat, nach mehr Teilung von Erwerbsarbeit reichen nicht aus, um eine Wende auf dem Arbeitsmarkt zugunsten der Arbeitslosen zu erreichen. Die weit überhöhten Lohnnebenkosten sind mit eine Ursache für das weitere Anwachsen der grauen und schwarzen Arbeitsmärkte. Immer mehr Bürger versuchen, sich günstiger mit Dienstleistungen einzudecken und schwarz zu arbeiten und zu verdienen.

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Reform des Sozialstaates nehmen leider viele Medien ihre Verantwortung immer noch unzureichend wahr. In vielen Sendungen wird nicht die Reformfähigkeit der Gesellschaft gestärkt, sondern eher der Sozialneid geschürt. Es lassen sich immer Beispiele von Unternehmen mit hohen Gewinnen gegen soziale Einschnitte und die Zumutbarkeit von Belastungen ausspielen. Aber eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft läßt sich auf diese Weise nicht bewerkstelligen.

Die Kirchen sollten sich nicht entmutigen lassen und auf der Grundlage ihres Wortes allen ins Gewissen reden. Sie dürfen nicht müde werden, Solidarität und Gerechtigkeit immer neu einzufordern. Auf was es hierbei ankommt, ist nicht die Häufigkeit der Verwendung des Wortes "sozial", schon gar nicht das Eintreten für soziale Besitzstände, sondern in erster Linie der entschiedene Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Anmerkungen

- ¹ Die angegebenen Nummern beziehen sich auf den veröffentlichten Text: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hrsg. vom Kirchenamt der EKD und vom Sekretariat der DBK (Gemeinsame Texte 9), 1997.
- ² Die ökumenische Struktur des Wortes der Kirchen hat wohl bewirkt, daß sich darin jeweils nur ein Hinweis auf eine Enzyklika von Papst Johannes Paul II. und auf eine Denkschrift der EKD findet. Sicherlich sind derartige Hinweise nicht erforderlich. Allerdings ist für die katholische Seite der Bezug auf die päpstliche Soziallehre dann von Bedeutung, wenn unterschiedliche Interpretationen auftreten oder versucht wird, das Wort der Kirchen für bestimmte Zwecke zu nutzen oder gar zu mißbrauchen.
- ³ Der Besinnung auf das Subsidiaritätsprinzip kommt für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und für die Reform des Sozialstaats große Bedeutung zu. Dieses Prinzip aus dem personalen Fundament der katholischen Soziallehre und seine Formulierung in Quadragesimo anno (Nr. 79) hat inzwischen weltweit Zustimmung erlangt. Ein Hinweis darauf wäre höchst wünschenswert gewesen, weil es die eigene Zuständigkeit der gesellschaftlichen Lebenskreise begründet und fordert und weil es eindringlich mahnt, daß alle Gesellschaftstätigkeit "subsidiär" zu sein hat, was gerade auch im Sozialstaat zu beachten ist.
- ⁴ Beteiligung am Produktiveigentum. Hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn/Hannover 1993.
- ⁵ Vgl. hierzu den aufschlußreichen Artikel von Helmut Maier-Mannhart: Es bewegt sich nichts, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 78 vom 5./6. April 1997, S. 19. Zu den Entwicklungen in Großbritannien, in den Niederlanden und in Dänemark vgl. die Sonderseite in der Süddeutschen Zeitung, Nr. 77 vom 4. April 1997, S.23.

Zur Person des Verfassers

Dr. theol., lic. phil. Anton Rauscher, Professor em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentrale Mönchenglöblich.